

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Dresdner-Nachrichten Dresden
Herausgeber-Gemeinschaft: 20241
Wur für Nachdruck: Nr. 20011
Schulzeitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - U. 1, Wartenstraße 22/28

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. April 1930 bei täglich dreimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk.
Postgebühren für Monat April 2.40 Mk. einzd. 80 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).
Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die ein-
zelne 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für nicht über 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote
ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 30 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg.
Chiffregebühr 30 Pfg. Autorisierte Nachdrucke gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Eysch & Reichardt,
Dresden, Wilsch-Platz 10/11
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
Dresden, Nachr. 1. 1. 1930. Unverlangte
Schreibsätze werden nicht aufbewahrt

Sozialistischer Angriff gegen Hindenburg

Beginn der Aussprache im Reichstag

Breitscheid beschuldigt den Reichspräsidenten unverfassungsmäßigen Verhaltens

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. April. Der Reichstag begann am Mittwochmorgen 12 Uhr mit der Aussprache über die Regierungserklärung. Den Reigen der Debattierenden führte Dr. Breitscheid an, der eine teils weinerliche, teils hochtönend phrasenreiche und teils hemmungslos heftige Oppositionsrede hielt. Nach dem Ausschließen aus dem Kabinett Müller, für das sich die Sozialdemokratie bei Herrn Bissell wird bedanken dürfen, ist der „Siegestrausch“ sehr bald verfliegen. Wer weiß, wenn man sich wieder einmal in Regierungskreisen sonnen kann, wer weiß, wie lange man auf die magere Oppositionskraft gefast wird, wer weiß, ob es überhaupt zu Renouveau kommt? All dies klang aus Breitscheids 15minütiger Rede sehr deutlich heraus. Es war fast mehr ein Nachruf auf das Kabinett Müller und eine Verteidigung für die sozialdemokratische Haltung, die zu seinem Sturz geführt hat.

Es war ein Schwanengesang auf die Große Koalition überhaupt und die Bereitwilligkeitserklärung, gegebenenfalls wieder zur Verfügung zu stehen. In drei Punkten setzte Breitscheid kritisch an. Zunächst einmal versuchte er, den Reichspräsidenten auf die Ohren zu nehmen, dem er seine so etwas wie Verfassungsbrechung vorwarf.

Die Herren Braun, Müller-Franken und Ebe, die bekanntlich bei Hindenburg aus- und eingehen, werden ihm für diesen unqualifizierten Angriff schlechten Dank wissen. Der zweite Punkt war ein Frontalangriff gegen die Grüne Front. Das liegt so in den Gewohnheiten der Sozialdemokratie, die noch immer nicht begriffen hat, daß das Schicksal der Arbeiterkraft weitgehend von den Möglichkeiten der Winternahrung abhängt.

Punkt 3 war dann die Außenpolitik. Hier hatte Breitscheid, der wieder einmal die Möglichkeit, Außenminister zu werden, hat dahinschwinden sehen, besonders große Befürchtungen.

„Neue Wege der Außenpolitik“: das Wort hat es ihm angetan, da er und seine Partei noch niemals bestritten haben, daß es höchste Zeit für Deutschland ist, mit den außenpolitischen Methoden der letzten Jahre grundsätzlich zu brechen.

Als zweiter Redner gab der Abg. Esser für die Zentrumsfraktion eine kurze, zustimmende Erklärung ab.

Es folgte der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Schöla, der für die Außenpolitik seines Parteifreundes Curtius eine Lanze brach, die Unterstützung bei den in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft versprach und noch auf das Problem der Reichsreform hinwies, das nun endlich praktisch angefaßt werden müsse. Die Volkspartei wird genau so wie das Zentrum diese Regierung stützen.

Die Reichstagsdebatte wird heute nachmittags 3 Uhr abgebrochen und erst am Donnerstag fortgesetzt werden.

Sitzungsbericht

Berlin, 2. April. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Regierungserklärung.

Abg. Dr. Breitscheid (Soj.):

Die sozialdemokratische Fraktion schließt sich voll und ganz dem Dank an, den der neue Reichskanzler in so ritterlicher Weise seinem Amtsvorgänger Müller ausgesprochen hat. Es war nicht leicht, in der Großen Koalition Parteien zusammenzubringen, deren einzelne Bestandteile in mehr als einer Beziehung auseinanderstrebten. Wir haben diese dornenvolle Aufgabe durch 1 1/2 Jahr erfüllt. Wir haben dabei Opfer gebracht, und wir haben es getan, weil wir die Gefahren kennen, die aus einem Abweichen von der parlamentarischen Linie entstehen müßten und entstehen müßten. Koalitionen helfen niemals etwas Endgültiges dar.

Es kann der Zeitpunkt kommen, wo dieselben Erwägungen, die für uns 1 1/2 Jahr lang bestimmend waren, wiederum Geltung gewinnen.

Die Sozialdemokratie als größte Partei des lebigen Reichstages und auch als größte Partei des nächsten Reichstages (Wachen und Widerspruch) wird, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft, immer bereit sein, eine Mitverantwortung zu übernehmen, solange sie es mit den von ihr vertretenen Ideen und mit den von ihr vertretenen Schichten für vereinbar halten kann.

Wir Sozialdemokraten waren bereit, der Regierungsvorlage über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung zuzustimmen. Die Sozialdemokratie konnte aber den offen zu gebenden Leistungsbau nicht mitmachen, und so kam es zum Sturz der bisherigen Regierung. Die schnelle Bildung der neuen Regierung war möglich, weil schon zu Bedenken, des alten Kabinetts Vorbereitungen für das neue durch Intrigen und auf Hintertreppen gemacht wurden. Wir glauben nicht, daß Dr. Brüning in daran beteiligt war, aber andere Leute warteten im Vorzimmer des kranken Kabinetts auf den Moment, wo sie die Macht antreten konnten.

Im Sinne dieser Leute hat dann ein sehr hoher Herr eingegriffen. Damit ist der Verfassung eine Ausbeugung gegeben worden, die nach unserer Auffassung dem Sinn und Wortlaut dieser Verfassung nicht entspricht. (1)

Parteilichkeit ist uns die Oppositionsstellung immer ausgezeichnet bekommen. Staatspolitisch gilt aber das in Man nheim vom Führer der Deutschen Volkspartei gesprochene Wort: Auf die Dauer läßt sich nicht ohne und gegen die Sozialdemokratie regieren! (?) Der Zentrumspartei können wir den Vorwurf nicht ersparen, daß sie selbst den Weg verlassen hat, den kurz vorher ihre Führer Dr. Brüning in Köln der Volkspartei gegenüber mit großem Nachdruck als den Weg des Zentrums bezeichnet hatte.

Das jetzige Kabinett will nach außen hin dokumentieren: wir haben mit Degenbergs Fraktion offiziell nichts zu tun. Ein echter Regierungsmann mag keinen Degenberger leiden, doch seine Stimme nimmt er gern! (Weiterkeit.) Man hat von einem Kabinett der Frontkämpfergeneration gesprochen. Es handelt sich aber mehr um das Kabinett der „Grünen Frontkämpfer“. (Sehr gut! b. d. Soj.) Das Situationsprogramm der Grünen Front wird nicht der Landwirtschaft helfen, aber die Staatsfinanzen und die gesamte Wirtschaft in den Abgrund reißen. In dem Kabinett läßt der Mann, der vor kurzem hier erklärte, der Mittelstand verbitte sich, daß man ihm Steuererleichterungen verspreche, an die Regierung selbst nicht glaube. Dieser Abgeordnete Dr. Dredt ist jetzt in dieser Regierung Justizminister. (Weiterkeit.) Die Deutsche Volkspartei weiß, daß der neue Minister Treviranus das Ausschließen des Außenministers Dr. Curtius verlange und erst auf Hindenburgs Druck hin darauf vorläufig verzichtet hat. Treviranus, der jetzige Minister für die besetzten Gebiete, hat alles getan, um die Befreiung des Rheinlandes zu verhindern. Drei Herren, die Gegner der Ratifizierung des Youngplans waren, sitzen jetzt in der Regierung. Herr Schiele hat das Volksbegehren mit dem Justizausparagrafen unterschrieben. Er sitzt neben Justizausparagrafen. (Weiterkeit.) Reichskanzler Dr. Brüning droht immerfort, den Artikel 48 zur Durchführung seiner Pläne anzuwenden zu wollen.

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung noch an.)

Die Deutschnationalen fordern

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. April. Es scheint, daß Teile der Abgeordneten in der deutschnationalen Fraktion neuerdings wieder den Wunsch haben, das Kabinett, in dem ihr Vertrauensmann Schiele sitzt, auch von den Deutschnationalen gebildet werden müsse.

Grundsätzliche Wendung der Agrarpolitik

Reichsminister Schiele begründet seine Mandatsniederlegung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. April. Reichsernährungsminister Schiele hat am 31. März d. J. zur Begründung seines Eintritts in die Reichsregierung und der Niederlegung seines Reichstagsmandats an den deutschnationalen Parteivorsitzenden Geheimrat Degenberg ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Bereits in unserer Unterredung am 28. März habe ich Ihnen dargelegt, welche Beweggründe mich zur Übernahme des Reichsernährungsministeriums im Kabinett Brüning veranlassen und an welche Voraussetzungen ich diesen Schritt geknüpft habe. Angesichts der immer bedrohlicher werdenden Notlage der Landwirtschaft, die sich u. a. in dem Osten zu einer unmittelbaren Gefährdung zahlreicher Existenzen in Stadt und Land verstärkt hat, hielt ich mich für verpflichtet, dem einmütigen von den landwirtschaftlichen Berufsorganisationen an mich ergangenen Verlangen nach Übernahme des Reichsernährungsministeriums im Kabinett Brüning zu entsprechen. Zudem erschien es mir als besondere Pflicht, dem persönlichen Wunsch des Reichspräsidenten Folge zu leisten.“

als Justizminister die in seinem Briefe an den Reichskanzler vom 18. März geforderte Hilfsaktion für die Landwirtschaft des deutschen Ostens durchzuführen.

Ich sehe mich hierzu um so mehr in der Lage, als ich nach den Verhandlungen, die der Regierungsbildung vorausgingen, die Möglichkeit von Maßnahmen für geben erachten muß, die geeignet sind, den Zusammenbruch der Landwirtschaft auszuhalten und eine grundsätzliche Wendung in der Agrarpolitik wirksam anzubahnen. Um diese Aufgabe bei den gegenwärtig gegebenen politischen Verhältnissen erfüllen zu können, bedarf ich der Handlungsfreiheit. Aus diesem Grunde und auch um der Partei und ihrer Reichstagsfraktion die in der Fraktionsgemeinschaft liegenden Bindungen abzunehmen, habe ich mich veranlaßt gesehen, mein Reichstagsmandat auszugeben und lege demzufolge auch mein Amt im Parteivorstand nieder. Ich habe mich zu diesem Schritt nach über 16jähriger Zugehörigkeit zur alten konservativen und seit ihrem Bestehen zur deutschnationalen Reichstagsfraktion nach ernten Erwägungen entschlossen. Meinen politischen Freunden werde ich

Für die deutschnationale Reichstagsfraktion wird in der Debatte voraussichtlich der Fraktionsführer Dr. Oberlohren eine kurze Erklärung abgeben, die, wie gesagt, in ihren Einzelheiten noch nicht feststeht.

Sicherlich dürfte die Erklärung jedoch folgende Fragen an die Regierung enthalten:

1. ob sie den deutsch-polnischen Handelsvertrag ablehne,

2. ob sie das Moratorium für die Landwirtschaft des Ostens gewähre,

3. ob sie die Baurate für das Panzerschiff B in den Etat einsetze und

4. ob sie dem Antrag des Reichstagsabgeordneten und jetzigen Reichsministers Treviranus entsprechend alle Maßnahmen Severings gegen die tschechische Regierung rückgängig machen werde.

Gegen 18 Uhr brachen die Deutschnationalen ihre Fraktionsführung ab. Um 4 Uhr werden die Beratungen wieder aufgenommen werden.

Auflösungsbefehl unterzeichnet

(Nach Schluß der Redaktion eingegangen.)

Berlin, 2. April. (Eigene Meldung.) Die deutschnationale Fraktion hat durch ihren Vorsitzenden Oberlohren dem Reichskanzler sagen lassen, daß sie einen Antrag auf Beurlaubung der Abstimmung über die Mißtrauensanträge bis zum 14. April stellen wolle. Der Reichskanzler hat diese Mitteilung mit der Erklärung beantwortet, daß er sich auf diesen Vorschlag nicht einlassen könne. Entweder die deutschnationale Fraktion sorgt dafür, daß am Donnerstag die Mißtrauensanträge nicht angenommen werden, oder der Reichstag wird aufgelöst. Die Auflösungsorder ist bereits angefertigt und in den Händen Dr. Brünings.

Die endgültige Regelung der Arbeitslosenversicherung. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, sind die Regierungsparteien in Uebereinstimmung mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald und dem Reichsfinanzminister Dr. Woldenhauer dahin übereingekommen, daß die endgültige Regelung der Arbeitslosenversicherung noch vor der Sommerpause des Reichstages erledigt wird.

innerlich verbunden bleiben. In der festen Ueberzeugung, daß der erste Schritt zur nationalen Freiheit und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Vaterlandes sowie zur sozialen Einigung unseres Volkes eine zielbewußte Agrar- und Ostpolitik ist, habe ich das mir angetragene Amt angenommen.“

Weiter hat der Reichsernährungsminister Schiele an den Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion, den Abg. Oberlohren, ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Ich bitte im Verfolg meiner Äußerung am 28. März abgegebenen Erklärung der Fraktion in meinem Namen mitzuteilen, daß ich mein Mandat als Mitglied des Reichstages niedergelegt habe. Nachdem ich seit über 16 Jahren Mitglied des Reichstages in der konservativen und seit ihrer Gründung der deutschnationalen Fraktion gewesen bin, möchte ich den Abschied von der Fraktion nicht vollziehen, ohne meinen Dank für die mir bewiesene treue Kameradschaft zum Ausdruck zu bringen. In dem Ziele, in unserem Volke den Willen und die Kraft zur nationalen Befreiung lebendig zu erhalten, weiß ich mich mit meinen politischen Freunden ein. In den unerlässlichen praktischen Vorarbeiten für die Erreichung dieses Zieles geht aber, daß kein Mittel unangewendet bleibt, das auch unter den heutigen Verhältnissen anwendbar ist.“

den landwirtschaftlichen Berufsstand wieder leistungsfähig zu machen und so dem Landvolke überhaupt erst die Möglichkeit zu geben, fern von verwerflichem Kapitalismus und berufsständischer Isolierung sich wirksam in den Dienst nationaler Befreiungspolitik zu stellen.

Einer solchen Aufgabe, deren Lösung die maßgebenden landwirtschaftlichen Berufsorganisationen von mir persönlich gefordert haben, konnte ich mich nicht entziehen. Ich glaube in diesem Sinne die Aufgabe nur übernehmen zu können, indem ich mich angesichts des außerordentlichen Notstandes in der Landwirtschaft und andererseits der besonders schmerzlichen Verhältnisse im Parlament die Handlungsfreiheit sichere und gleichzeitig auch der Fraktion die in der Fraktionsgemeinschaft liegenden Bindungen mir gegenüber abnehme.“